

Quo vadis universitas?

Kritische Beiträge zur Idee und Zukunft der Universität

Herausgegeben von Hans-Ulrich Rügger
Nr. 1, Mai 2005

Idee und Zukunft der Universität

von Conrad Meyer und Hans-Ulrich Rügger

Kontakt „Quo vadis universitas?“

Hans-Ulrich Rügger
Universität Zürich, Prorektorat Forschung
8001 Zürich, Künstlergasse 15

<http://www.unizh.ch/forschung/quovadis.html>

Vorwort

Im Kontext der Zürcher Universitätsreform initiierten drei Studenten eine inhaltliche Diskussion über die Zukunft der Universität. Beteiligen sollten sich Universitätsangehörige aus allen Fakultäten und Ständen – von den Studierenden bis zu den Professorinnen und Professoren. Der Titel des Projektes lautete: *Universitas quo vadis*.

Das Projekt nahm Gestalt an und dank dem Einsatz und der Hartnäckigkeit der Studenten ist ein Buch daraus geworden: „Elfenbeinturm oder Denkfabrik“ (1998). Während der deutsche Titel dem bildungspolitischen Horizont des Buchmarktes entgegenkam, fühle ich mich frei, auf den lateinischen Titel des studentischen Unterfangens zurückzukommen. Er fragt die Gemeinschaft der Universitätsangehörigen nach ihrer Perspektive für die Zukunft: Wohin gehst du? – *Quo vadis universitas?*

Das Prorektorat Universitätsreform war von den Studenten eingeladen worden, einen Beitrag zum Buchprojekt beizusteuern. Gemeinsam mit Conrad Meyer versuchte ich eine These zu verfolgen, die mit dem studentischen Vorhaben korrespondiert: Wir suchten die Universität als Kommunikationsgemeinschaft zu verstehen.

Redaktionelle Unterstützung bei der Erstausgabe verdanken wir Katrin Züger und Philippe Sablonier. Für Hilfe bei der Neubearbeitung danke ich Stefanie Kahmen.

Zürich, im Mai 2005, Hans-Ulrich Rügger

Idee und Zukunft der Universität

Die Idee der Universität ist fragwürdig geworden. Die Universitäten wurden von hochschulpolitischen Entwicklungen überrollt. Man postuliert den Abschied von der humboldtschen Vorstellung einer Universität oder doch die Anerkennung der Unmöglichkeit ihrer aktuellen Einrichtung. Der Beitrag skizziert einige Probleme zur Geschichte und zum Status der Idee der Universität. Er fragt nach einer Vision für ein künftiges Selbstverständnis einer Universität und illustriert einige Überlegungen am Beispiel der Zürcher Universitätsreform.

Als der Gründungsrektor des Wissenschaftskollegs zu Berlin, Peter Wapnewski, im Sommer 1989 in Zürich seine Vorstellungen einer Wunschhochschule vortrug, stiess dies in der Universität auf wenig Begeisterung. Die Lage erkennen, so Wapnewski, heisse allererst, Abschied nehmen von Humboldts Idee einer universitären Bildung. Die Auffassung, es diene menschlicher Bildung, wenn Studierende teilhaben an der wissenschaftlichen Forschung, gelte als empirisch widerlegt (1990, 25). Aufgabe der Hochschulen sei heute vor allem, eine unvorstellbar grosse Zahl von Menschen in einer praktischen und praxisnahen Ausbildung tauglich zu machen für die Ausübung von Berufen. Der Bereich der Forschung wäre demzufolge aus den Universitäten abzuziehen. Forschende müssten nach Wapnewski Gelegenheit haben, sich frei und unbedrängt von den erdrückenden Aufgaben der Lehre und der Verwaltung den Forderungen ihrer wissenschaftlichen Disziplin zu widmen. Das heisst, wir sollten Akademien gründen, die der Forschung die wünschenswerte Werk- und Heimstatt bieten.

Wenn die profilierte Vision in Zürich auf skeptische Resonanz stiess, dann spiegelt dies gewiss auch das Bedauern, dass es in der schweizerischen Forschungslandschaft die Institution eines Wissenschaftskollegs nicht gibt und auf absehbare Zeit nicht geben wird. Die Skepsis gegenüber einer Trennung von „Hochschule“ im Sinn einer reinen Ausbildungsinstitution und „Akademie“ im Sinn einer eigentlichen Forschungsstätte dürfte aber auch grundsätzliche Bedenken spiegeln. Denn Wapnewskis Vision zu teilen, würde bedeuten, Abschied zu nehmen von Überzeugungen, die wesentlich mit dem Begriff der Universität verbunden sind.

Probleme einer Idee der Universität

Es gibt nicht die Idee der Universität. Zu beobachten sind Bündel von Merkmalen, die zu verschiedenen Zeiten und in verschiedenen Regionen durch unterschiedliche Deutungen und Realisierungen geprägt wurden. Das US-amerikanische Department-System unterscheidet sich erheblich von der europäischen Tradition der Fakultäten-Universität. Und die marxistisch-leninistische Bildungspolitik geht von anderen gesellschaftstheoretischen Annahmen aus als das humboldtsche Ideal menschlicher Bildung. Immerhin lassen sich Kerngedanken formulieren, die für das Verständnis universitärer Tradition bedeutsam sind.

Universitas

Wir kennen zwei Konzepte, die mit dem Begriff der *universitas* verbunden sind. Eine Universität ist zunächst – als Einrichtung der Scholastik – ein Kollegium von Professoren und Studenten. So bezeichnet sich die Pariser Universität im Jahr 1221 erstmals als Gemeinschaft der Magister und Scholaren, als *universitas magistrorum et scholarium* (Müller 1990, 18). Die soziale Prägung solcher Gelehrten- und Scholarenverbindungen steht in Analogie zu anderen korporativen Gesellschaftsformationen – Zünften, Gilden und Orden –, die in der sozialen Revolution des 12. Jahrhunderts ausgebildet wurden. Ihre spezifische Prägung gewinnen die Bildungskollegien durch ihr Interesse an der Wissenschaft. Gemäss der schönen Formulierung in Kaiser Friedrich Barbarossas Scholarenkonstitution *Authentica habita* von 1158 finden an der Universität Bologna in der Gemeinschaft mit andern hergeleiteten Scholaren diejenigen einen sozialen Rahmen, die aus Liebe zur Wissenschaft heimatlos geworden sind: *amore scientie facti exules* (hrsg. v. Weinrich 1977, 258–259).

Eine spätere Deutung – in Entwürfen der idealistischen Philosophie – möchte die Universität im Blick auf die Gesamtheit ihrer Disziplinen verstehen: als die Einheit aller Wissenschaft (*universitas litterarum*). So deutet etwa Friedrich Schleiermacher den Namen der Universität in diesem Sinn: Unter dem Gesichtspunkt der Wissenschaft sind an der Universität nicht Einzelheiten für sich anzuschauen, sondern in ihren wissenschaftlichen Verbindungen und im Blick auf den Zusammenhang, in dem die Gesamtheit der Erkenntnis reflektiert werden soll (1808; KGA 1/6, 35). Und da im Bereich

des Wissens alles zusammenhängt und ineinander greift, kann die Wissenschaft nicht Sache von Einzelnen, sondern muss „ein gemeinschaftliches Werk“ sein, wozu die Einzelnen ihren Beitrag liefern. Der Gedanke der Einheit aller Wissenschaft hängt für Schleiermacher unmittelbar zusammen mit dem Gedanken der Gemeinschaft jener, „die sich zum Behuf der Wissenschaft mit einander verbunden haben“ (1808; KGA 1/6, 21–22).

Humboldts Konzeption

Nachhaltiges Vorbild für die neuzeitlichen Universitäten im deutschsprachigen Raum ist die Gründung der Berliner Universität (1810). Viele haben die ideelle Vorbereitung mitgeprägt – Kant, Schelling, Fichte und insbesondere Schleiermacher. Einer hat die Ideen programmatisch auf den Punkt gebracht und politisch umgesetzt. Als Chef der staatlichen Sektion für Kultus und Unterricht beantragt Wilhelm von Humboldt im Sommer 1809 beim preussischen König Friedrich Wilhelm III. die Errichtung der Universität Berlin mit dem ausdrücklichen Wunsch, die allgemeine Lehranstalt mit dem „alten und hergebrachten Namen einer Universität“ zu belegen (1809; GS 10, 151). Für den Standort Berlin wird geltend gemacht, dass hier bereits die Akademien der Wissenschaften und der Künste sowie eine medizinische Fakultät und weitere wissenschaftliche Einrichtungen vorhanden sind. Diese könnten erst dann dem Anspruch wissenschaftlicher Bildung genügen, wenn die Bruchstücke mit einer allgemeinen Lehranstalt in „Ein organisches Ganzes“ verbunden würden.

Worin der Auftrag eines solchen Verbundes wissenschaftlicher Anstalten besteht und wie ihre Organisation dem entsprechen soll, hat Humboldt in einem Fragment gebliebenen Entwurf reflektiert (1809/10; GS 10, 250–260). Er dürfte nur wenigen Zeitgenossen bekannt geworden sein, hat aber auf die Universitätsdiskussion im 20. Jahrhundert nachhaltig gewirkt. Hauptgesichtspunkt für den Begriff der höheren wissenschaftlichen Anstalten ist die Wissenschaft. Sie bildet den Kern, zu dem alle weiteren Bestimmungen in Verbindung stehen:

- der Übergang vom geführten Schulunterricht zum Studium „unter eigener Leitung“, in dem sich die Beschäftigung mit der Wissenschaft mit der persönlichen Bildung des Menschen verknüpft;
- die Eigentümlichkeit, „Wissenschaft immer als ein noch nicht ganz aufgelöstes Problem“ zu behandeln und daher immer am Forschen zu bleiben;

- das Verhältnis zwischen Lehrer und Schülern angesichts dessen, dass es im Unterschied zur Schule eben nicht um fertige Kenntnisse geht: „Der erstere ist nicht für die letzteren, Beide sind für die Wissenschaft da“.

Dieser inhaltlichen Bestimmung entsprechen Humboldts Kriterien für die innere Organisation der wissenschaftlichen Anstalten. Indem diese ihren Zweck nur soweit erfüllen, als es hier ausschliesslich um die Idee der Wissenschaft geht, „sind Einsamkeit und Freiheit die in ihrem Kreise vorwaltenden Principien“. Der Grundsatz ist zum Inbegriff geworden für die romantische Idee einer wissenschaftlichen Berufung. Nur sollte nicht vergessen werden, dass zu diesem Gedanken bei Humboldt ein antagonistischer Grundsatz dazugehört. Denn auch in der Wissenschaft kann menschliches Wirken nur als immer sich selbst wieder belebendes Zusammenwirken gedeihen. Die Herausforderung an die Organisation wissenschaftlicher Institutionen wäre demnach, dafür die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Begeisterung der einzelnen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler der wissenschaftlichen Gemeinschaft zugute kommt.

Analog zur inneren Organisation, welche die Freiheit der Einzelnen mit der gemeinsamen Sache der Wissenschaft verbinden soll, sieht Humboldt das äussere Verhältnis der wissenschaftlichen Anstalten zum Staat. Diese sind „von aller Form im Staate losgemacht“. Vom Staat wird die Einsicht gefordert, dass er wissenschaftliche Tätigkeit und Gemeinschaft nie selbst bewirken kann – „vielmehr immer hinderlich ist, sobald er sich hineinmischt“. Auch dieser Grundsatz steht nicht absolut. Er korrespondiert mit der Überzeugung, dass gerade dann, wenn die Universitäten in Freiheit ihren Zweck verfolgen können, dies den staatlichen und gesellschaftlichen Interessen zum Besten gereicht. Dabei steht für Humboldt ausser Frage, dass der Staat als Träger der wissenschaftlichen Anstalten für diese und besonders für den Bildungsauftrag der Universität verantwortlich ist.

Abschied von Humboldt?

Die Rede vom Abschied von Humboldts Idee der Universität gehört unterdessen zum Topos der hochschulpolitischen Diskussion. Gemeint ist dabei zumeist nicht ein Postulat zur Abschaffung jener Vorstellungen, sondern die Anerkennung des Faktums, dass Humboldts Anliegen durch die Entwicklungen überholt und erledigt sind. Dies trifft aber nicht bloss die humboldtsche Konzeption, sondern die Tradition der Universität in ihren grundlegenden Bestimmungen: dem Konzept der Gemeinschaft ihrer Angehörigen und dem Konzept der Einheit der Wissenschaft.

Es ist nicht zu übersehen, dass die Entwicklung zur Massenuniversität dem Anliegen einer Gemeinschaft von Lehrenden und Lernenden zuwiderläuft. Als in Zürich am 1. Mai 1833 das erste Semester der neuen Hochschule eröffnet wurde, waren 46 Dozenten für die Betreuung von 159 immatrikulierten Studenten bereit (Gagliardi et al. 1938, 213 und 219). Im Wintersemester 1996/97 sind an der Universität Zürich über 19'000 Studierende immatrikuliert. Sie werden von rund 2'000 Lehrkräften betreut, wovon weit mehr als die Hälfte nur mit einzelnen Lehrveranstaltungen beauftragt sind. Es ist evident, dass die Qualität des Zusammenwirkens unter solchen Umständen sich nicht mehr vergleichen lässt mit Verhältnissen, wie sie im 19. Jahrhundert in Zürich oder in Berlin bestimmend waren. Die Konsequenzen sind bekannt:

- Der persönliche Kontakt der Studierenden zu Professorinnen und Professoren ist in den Massenfächern auf punktuelle Ausnahmen beschränkt – und beide Seiten sind immer weniger für die Wissenschaft da.
- Der Druck zur Verschulung der Studiengänge wird laufend verschärft – die Idee eines Studiums in eigener Verantwortung gilt als obsolet.
- Als Ziel verkürzter Studiengänge wird eine praxisorientierte Berufsausbildung favorisiert – das Interesse für Theorie und Forschung bleibt für Doktoranden reserviert.

Die Summe ist mit einem Diktum des ehemaligen Präsidenten der deutschen Hochschulrektorenkonferenz, Hans-Uwe Erichsen, auf den Punkt gebracht: Humboldt ist in der Masse erstickt.

Es ist auch nicht zu übersehen, dass die Spezialisierung und Verästelung in den wissenschaftlichen Disziplinen uns die Möglichkeit einer Vorstellung der Einheit aller Wissenschaft entzogen hat. Vielleicht sehen wir vor lauter Zweigen den „Baum der Erkenntnis“ nicht mehr, der einst als ideales Bild für ein alles verbindendes „Urwissen“ galt (Schelling 1802; 1956, 6). Es ist uns jedenfalls nicht vergönnt, unsere wissenschaftlichen Beobachtungen auf eine „Einheit und Allheit der Erkenntnis“ (Schleiermacher) zu beziehen. Was uns mit den idealistischen Entwürfen verbindet, ist die Einsicht, dass eine isoliert disziplinäre Betrachtungsweise der Vielfalt und Komplexität der Gegenstände und Verhältnisse nicht angemessen ist. Der viel bemühte Begriff der Transdisziplinarität bezeugt ein verwandtes Anliegen, aber aus umgekehrter Perspektive. Wir gehen nicht aus von der inneren Einheit aller Wissenschaft. Wir gehen aus vom Standpunkt einer einzelnen Disziplin und suchen von da die Berührung, vielleicht sogar die Verbindung mit Betrachtungsweisen anderer Disziplinen. Das Postulat der Interdisziplinarität lässt sich nicht metaphorisieren im Bild eines Baumes der Erkenntnis, eher wohl

im Bild eines Netzwerkes von Perspektiven und Erkenntnissen, das in vielfachen Verknüpfungen ständigen Veränderungen unterliegt. Was aber bedeutet das für unsere Vorstellungen über die Zukunft der Universität?

Zukunft und Selbstverständnis einer Universität

Das Selbstverständnis einer Universität ist alles andere als selbstverständlich – und wurde, recht besehen, immer schon und immer wieder in Frage gestellt. Das galt für die Gründungen der ersten Universitäten in Bologna und Paris. Das galt für die Konzeption der Berliner Universität und es gilt für die Reformdiskussionen, die heute in sehr vielen Hochschulen im Gange sind. Jede universitäre Gemeinschaft ist vor die Herausforderung gestellt, in Auseinandersetzung mit der Tradition und den aktuellen Verhältnissen zu reflektieren, wie sie sich und ihren Auftrag versteht. Das heisst, für Universitäten wird erneut bedeutsam, sich auf ihre Bestimmung als Kommunikationsgemeinschaft zu besinnen.

Universität als Kommunikationsgemeinschaft

Der Gedanke der Kommunikation ist in besonderer Weise mit der Institution der Universität verknüpft. Die ersten Kollegien hatten keine festen Gebäude für ihren Lehrbetrieb. Sie trafen sich auf Strassen, in Wohnungen oder in Kirchen. Was die Mitglieder der scholastischen Gemeinschaften verband, war kein äusserer Rahmen, sondern es waren ein gemeinsames Interesse an der Wissenschaft und damit verbundene Lehrformen: Vorlesungen, Disputationen, Repetitorien – spezifische Weisen der Kommunikation. „Mittheilung“ ist, wie Schleiermacher reflektiert, „das erste Gesetz jedes auf Erkenntniß gerichteten Bestrebens“ (1808; KGA 1/6, 22). Dementsprechend müssten sich allein aus dem Interesse nach Erkenntnis alle nötigen Verbindungen, also die verschiedensten Arten der Mitteilung, von selbst gestalten. Die Einsicht wird umso bedeutsamer, je mehr in Frage steht, was denn eine Universität ideell überhaupt zusammen hält. Worin kann heute ein integrierendes Selbstverständnis der Korporation noch gründen? Jürgen Habermas hat die Beantwortung dieser Frage auf eben jenen schleiermacherschen Grundsatz der Mitteilung abgestellt – in der Überzeugung, „dass es die kommunikativen Formen der wissenschaftlichen Argumentation sind, wodurch die universitären Lernprozesse in ihren verschiedenen Funktionen letztlich zusammengehalten werden“ (1988, 170).

Nun ist dieser Gedanke kaum geeignet, das idealistische Pathos einer alles verbindenden Universitätsidee wieder herzustellen. Zunächst ist vielmehr einzuräumen: Sprache und Kommunikation haben Anteil an jenen Verhältnissen, welche die Identität der Universität in Frage stellen. Die Diversifikation der Wissenschaften geht mit einer Trennung und Spezialisierung der Fachsprachen einher, welche ein Gespräch über Fach- und Fakultätsgrenzen hinweg zu einem babylonischen Unterfangen machen. Und wenn identitätsstiftende Kommunikationsrituale im Wissenschaftsbetrieb auszumachen sind, dann wohl im fachspezifischen Austausch der Forschenden – und dies international –, kaum aber innerhalb einer Universität. Auch die Lehrformen dürften heute nur bedingt noch als spezifisch universitäre Merkmale zu beobachten sein. Denn zum einen sind ein frei sich entwickelnder Vortrag, der einst als Ideal einer universitären Vorlesung galt, wie auch eine persönliche Diskussion zwischen Studierenden und Professor oder Professorin an vielen Fachbereichen der modernen Universität eine Seltenheit. Zum andern sind die vielfältigen Formen von Lehrveranstaltungen – einschliesslich ihrer multimedialen Unterstützung – für eine Universität nicht typischer als für eine Fachhochschule oder ein Management-Seminar.

Universitäre Kommunikation ist nicht die intakte Voraussetzung, auf der ein künftiges Selbstverständnis der Universität gründen kann. Vielleicht aber bildet sie die erste Herausforderung, an der sich die Arbeit am Selbstverständnis einer Universität zu bewähren hat. Universitäre Kommunikation wäre dabei nicht zuerst als wissenschaftlicher Dialog gefordert, sondern als Gespräch über das Verständnis der Institution Universität und der ihr angemessenen Organisation.

Fakultäten und Stände

Ein Gespräch über das Selbstverständnis und die Zukunft einer Universität ist ein Gespräch zwischen Interessengruppen in der Universität – zwischen verschiedenen Fakultäten und Fachbereichen wie auch zwischen verschiedenen Berufsständen, der Professorenschaft, den Privatdozentinnen und -dozenten, den Assistierenden, den Studierenden sowie dem administrativen und technischen Personal. Dass die Angehörigen der Universität nicht eine homogene Masse bilden, ist nicht zu beklagen. Eine entsprechende korporative Strukturierung gehört zur Eigenheit universitärer Tradition. Und in einer Organisation, die viele Tausende von Personen zählt, ist die Bildung von Interessengruppen und Interessenvertretungen eine unabdingbare Voraussetzung für institutionelle Kommunikation. Wie aber gewisse Abgrenzungen notwendig dazugehören, wird immer auch notwendig sein, über die

Grenzen des eigenen Fachbereiches und des eigenen Standes hinaus das Gespräch über verbindende und unterschiedliche Interessen zu pflegen.

Wer Gelegenheit hat, in universitären Gremien Diskussionen zu verfolgen, wird kaum bestreiten, dass verschiedene fachliche oder fakultäre Prägungen für sehr unterschiedliche Kulturen stehen. Diese Vielfalt gehört zur Faszination der Universität. Aber interdisziplinäre Verständigung bereitet Schwierigkeiten – nicht bloss im wissenschaftlichen Diskurs, sondern auch in Gesprächen, in denen über die eigene Institution verhandelt wird. Hier liegt die meistbeschworene und vielleicht schwierigste Herausforderung universitärer Kommunikation: Einübung in Interdisziplinarität. Das bedeutet gerade nicht, Abschied zu nehmen von einer spezifischen Disziplin – ein Fachstudium bleibt immer Voraussetzung. Aber es bedeutet sehr wohl, in Ergänzung zur fachspezifischen Beheimatung die Idee eines *studium generale* soweit als eben möglich zu fördern: sei dies in allgemeinbildenden Einführungen zum Verständnis des universitären Studiums, in transdisziplinären Überlegungen im Rahmen einer Vorlesung oder in interdisziplinären Seminaren und Forschungsprojekten, die von verschiedenen Fachbereichen gemeinsam getragen werden. Einübung in Interdisziplinarität bedeutet auch, sich die Prägungen und Differenzen der fachspezifischen Sprachkulturen bewusst zu machen, um eine Übersetzung der disziplinären Perspektiven in eine gemeinsame Sprache zu suchen (vgl. Weinrich 1978, 91). Einübung in Interdisziplinarität bedeutet nicht zuletzt, die Möglichkeiten fakultätsübergreifender Kommissionen und Arbeitsgruppen sowie die wenigen Gelegenheiten gesamtuniversitärer Veranstaltungen – eine Senatsversammlung etwa oder einen Dies academicus – als Chance für die Bildung universitärer Gemeinschaft zu pflegen und zu nutzen. Ein Interesse an der Zukunft der Universität schliesst für ihre Angehörigen die Verpflichtung mit ein, nach Möglichkeit dafür zu sorgen, dass die Fakultäten nicht durch das Internet allein miteinander verbunden sind.

Quer durch alle Fakultäten hindurch zieht sich eine andere, gesellschaftliche Struktur, für die es einen einheitlichen Oberbegriff nicht gibt. Man spricht von Gruppen (Hochschulrahmengesetz Deutschland), von Gruppierungen (Universität Basel) oder von universitären Körperschaften (Universität Freiburg). Aber es geht nicht einfach um irgendwelche Gruppen und nicht in jedem Fall um verfasste Körperschaften. Als Alternative wird der Begriff der Stände verwendet. Er meint – im Sinne Max Webers – Gemeinschaften, die nicht wie Klassen durch ein sozioökonomisches Kriterium oder wie Parteien durch ein politisches Programm, sondern eben als Stände primär durch die Art der Lebensführung, besonders aufgrund ihrer beruflichen

Identität, gebildet werden (Weber 1922/72, 179–180 und 531–540). Ob nun von Gruppen, Körperschaften oder Ständen die Rede ist, deutlich ist immer der Kontext, in dem diese Kategorie eine Rolle spielt: Es geht um Fragen der Mitbestimmung und der Vertretung in den Gremien der Universität, der Fakultäten und Institute.

Die Universität ist schon lange nicht mehr eine Universität bloss der Professoren und Studierenden. Hört man die Anliegen, die seitens der Stände in Zürich seit Jahrzehnten in die universitäre und hochschulpolitische Diskussion eingebracht werden, dann steht noch immer im Vordergrund: das Ringen um die Anerkennung ihres Beitrags an der Gesamtleistung der Universität und eine dementsprechende Statuierung und Vertretung in der universitären Organisation. Für die Privatdozentinnen und -dozenten und den Mittelbau heisst dies: die Anerkennung und faktische Würdigung dessen, dass wesentliche Teile im Bereich der Forschung und der Lehre, aber auch der Dienstleistungen, von ihrer Seite erbracht werden (vgl. VAUZ/VPOD 1995). Für den akademischen Nachwuchs heisst dies zudem: die Anerkennung und faktische Würdigung dessen, dass die wissenschaftliche Qualifizierung nicht allein Privatsache, sondern für die Zukunft der Universität von grundlegender Bedeutung ist. Für das administrative und technische Personal heisst dies: die Anerkennung und faktische Würdigung dessen, was seitens der Verwaltung in der Universität zur Unterstützung von Forschung, Lehre und Dienstleistungen geleistet wird. Und für die Studierenden heisst dies: die Anerkennung und faktische Würdigung dessen, dass sie nicht Kunden eines Dienstleistungsunternehmens sind, sondern Angehörige der Universität. Eine dementsprechende universitäre „Kultur der Zusammenarbeit“ (Eberli 1997, 15) kann Verhältnisse komplizieren und Entscheidungsfindungen verlangsamen – sie dürfte aber unabdingbar sein für eine nachhaltige Entwicklung der Universität.

Universität und Gesellschaft

Ein Gespräch über das Selbstverständnis und die Zukunft der Universität ist auch ein Gespräch der Universität mit der Öffentlichkeit. Die Universität Zürich ist keine private Institution, sondern besteht – laut Inschrift über dem Portal – „durch den Willen des Volkes“. Dies gilt für alle anerkannten Universitäten der Schweiz und wird in absehbarer Zeit auch so bleiben. Aber über das Verständnis, was eine Universität ist und welchen Stellenwert im gesellschaftlichen und staatlichen Gefüge ihr zukommen soll, darüber wird die öffentliche Debatte weiterhin und vielleicht wesentlicher noch zu führen sein. „Die Universität fördert das Verständnis der Öffentlichkeit für ihre

wissenschaftlichen Ziele“ – so lautet ein Grundsatz im neuen Gesetz über die Universität Bern (1996). Der entsprechende Zürcher Entwurf hält nüchtern fest: „Die Universität pflegt die Kommunikation mit der Öffentlichkeit und orientiert über ihre Tätigkeit sowie über ihre Anliegen und Bedürfnisse.“ Eine solche Orientierung hat schon heute und fordert künftig vermehrt eine neue Dimension: Es geht nicht allein um eine Information über die wissenschaftliche Arbeit der Universität, sondern es geht auch um eine hochschulpolitische Meinungsbildung über das Verständnis der Universität. Um Verständnis zu fördern ist Verständlichkeit geboten. Mehr noch als für die inneruniversitäre Kommunikation ist gegen aussen die Übersetzung in eine Gemeinsprache gefordert: Was die Universität von sich mitteilen will, darf keine ‚akademische‘ Äusserung bleiben. Übersetzen allerdings kann nicht bedeuten, das kritische Potential universitärer Tradition zugunsten einer modernen Sprache preiszugeben. Wenn wissenschaftliche Forschung und Bildung nur noch unter Begriffen wie „Output“ und „Outcome“, „Effizienz“ und „Effektivität“ zur Kenntnis genommen werden, lässt sich kaum mehr verständlich machen, was eine Universität von einer Schuhfabrik oder einem Strassenverkehrsamt unterscheidet. Sie erfüllte damit vielleicht Bedingungen öffentlichrechtlicher Selbstverwaltung, aber sie würde in ideeller Hinsicht ihre Autonomie verlieren: sie würde sich als Universität aufgeben (vgl. Fögen 1996, 199).

Streiflichter der Zürcher Universitätsreform

Das prägendste Merkmal der Zürcher Universitätsreform ist ihre breite, demokratisch verhandelte Abstützung in der Universität. Das Reformprojekt lässt sich beschreiben als vielschichtigen Kommunikationsprozess, in welchen die Fakultäten, die Stände und die Universitätsverwaltung eingebunden sind.

Universitätsreform als Kommunikationsprozess

Im Sommer 1991 skizziert Hans Heinrich Schmid in seiner Eigenschaft als Rektor der Universität erste Entwürfe zu den Problemen der Organisations- und Leitungsstruktur. In den folgenden Jahren werden diese in immer weiteren Kreisen diskutiert, erweitert und modifiziert. Nach einer Vernehmlassung innerhalb der Universität wird das Vorhaben im Januar 1994 in einem Antrag an die Oberbehörden konkretisiert, auf den Vorstoss zu grundsätzlichen Überlegungen für die Zukunft der Universität einzutreten. Die eigentli-

che Ausarbeitung der Konzepte zu den verschiedensten Projektbereichen erfolgt dann in Arbeitsgruppen, in denen Mitglieder aller Fakultäten, der Stände und der Verwaltung vertreten sind – alle inhaltlichen Vorschläge verdankt die Reform den Angehörigen der Universität. 1995 integriert Ernst Buschor als neu gewählter Direktor des Erziehungswesens die Reform der Universität in die eben lancierte Verwaltungsreform des Kantons Zürich. In der Folge wird die inneruniversitäre Projektdiskussion durch intensive Aussprachen zwischen Universität und Erziehungsdirektion ergänzt. In erster Priorität wird 1996 ein Entwurf für ein Gesetz über die Universität Zürich erarbeitet, der nach der Vernehmlassung in der Universität und bei den politischen Instanzen erneut überarbeitet und von der Regierung in ihren Antrag an das Parlament weitestgehend übernommen wird.

Beweggründe und Ziele

Die Beweggründe und Ziele der Zürcher Universitätsreform korrespondieren mit denjenigen anderer Hochschulen, die bereits früher an eine Neuregelung ihrer Verhältnisse gegangen sind. Die Universität Zürich und ihr gesellschaftliches, wirtschaftliches und hochschulpolitisches Umfeld haben sich in den letzten Jahrzehnten grundlegend und immer rascher gewandelt. Immer mehr Studierenden und wachsenden Ansprüchen an die Universität stehen immer knapper werdende Ressourcen gegenüber. Rechtsgrundlagen und Organisation entsprechen im Wesentlichen noch den Gründungsverhältnissen des 19. Jahrhunderts. Eine enge Einbindung in die staatliche Verwaltung bedingt starre Strukturen und umständliche Abläufe, die den spezifischen Verhältnissen der Universität und ihren wissenschaftlichen und bildungspolitischen Herausforderungen längst nicht mehr angemessen sind. Die Neuorientierung versteht sich vor diesem Hintergrund von selbst. Angestrebt wird eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Förderung der wissenschaftlichen Arbeit in Forschung, Lehre und Dienstleistung. Dieses Ziel wird aus universitärer Sicht in drei Perspektiven verfolgt:

- Erhöhung der Autonomie der Universität und Konzentration der Aufgaben der politischen Instanzen auf die wesentlichen Funktionen der Trägerschaft;
- Stärkung der Handlungsfähigkeit der Universität, der Fakultäten und der Institute durch den Aufbau einer transparenten Leitungsstruktur nach dem Prinzip der Subsidiarität;
- Steigerung der Leistungsfähigkeit der Universität durch eine Flexibilisierung der Ressourcenbewirtschaftung und eine Verbreiterung der Finanzierungsbasis.

Mit diesen Orientierungen ist zugleich die entscheidende Herausforderung der Reformdiskussionen angezeigt: Wie lassen sich die betriebswirtschaftlichen Ansprüche, denen sich die Universität schlechterdings nicht mehr entziehen kann, verbinden mit spezifischen Ansprüchen wissenschaftlicher Forschung und Lehre, wie sie der universitären Tradition eigen sind? In Auseinandersetzung mit dem Ansatz einer wirkungsorientierten Verwaltungsführung, in deren Horizont die Universitätsreform eingerückt wurde, hat Hans Heinrich Schmid zwei Einsichten formuliert, deren komplementäre Akzeptanz für ein Gelingen der Reform unabdingbar sind (1996, 14–15). Zum einen muss in der Universität das Bewusstsein dafür wachsen, dass sich ihr Betrieb mehr als bisher auch an betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten orientieren muss. Wir werden vermehrt Verantwortung übernehmen müssen – nicht nur für die Leistung unserer wissenschaftlichen Arbeit, sondern auch im haushälterischen Einsatz der uns zur Verfügung stehenden Mittel. Zum andern muss seitens der Politik und des Staates das Bewusstsein dafür wachsen, dass die Universität wesentlich keine Verwaltung und kein Produktionsbetrieb ist, sondern eine Wissenschafts- und Bildungsinstitution. In ihrem Kernauftrag, der Forschung und Lehre, findet das Markt- und Verwaltungsparadigma des „New Public Management“ seine Grenzen. Die Universität muss nach ihren spezifischen Zielen und Aufgaben behandelt und beurteilt werden.

Selbstverständnis der Universität – Aspekte einer Diskussion

Wie aber sollen die spezifischen Ziele und Aufgaben der Universität heute verstanden werden? Wie wollen wir selbst die Universität verstehen? Die Frage wurde in Zürich vor allem im Rahmen einer Leitbild-Debatte diskutiert. Sie soll mit einigen Andeutungen erinnert sein, die unter zwei Gesichtspunkte interessieren: dem Umgang mit Humboldt und der Rolle der universitären Kommunikation. Als sich die zuständige Arbeitsgruppe in ihrer konstituierenden Sitzung über die zu behandelnden Themen verständigte, wurde von den Vertretern der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultät von vornherein klargestellt, dass Humboldt zu verabschieden sei. Von „Bildung“ und „Persönlichkeit“ könne heute in einem universitären Leitbild nicht mehr die Rede sein! Prüft man indessen das Ergebnis der Beratungen, stellt man fest: Der Verabschiedete kam zur Hintertür still vernügt wieder herein – Humboldt hätte an manchen Sätzen im Vorschlag für ein Leitbild der Universität Zürich seine Freude gehabt. Aber noch in einer anderen Hinsicht muss die Leitbild-Debatte erinnert werden: Es war eines der schwierigsten Unterfangen der bisherigen Reformdiskussion und wird eine Herausforderung bleiben. Von einigen Erfahrungen zu berichten be-

deutet auch einzugestehen, dass der von der Projektgruppe erarbeitete Vorschlag in der Universität nicht unumstritten war. Was dabei eine entscheidende Rolle spielte, waren nicht Differenzen über humboldtsche Vorstellungen, sondern Probleme der Sprache und der Kommunikation. Im Nachgang der besagten Debatte musste die zuständige Arbeitsgruppe zur Kenntnis nehmen, dass ihr Weg intensiver Auseinandersetzung und Meinungsbildung nicht in allen Fakultäten nachvollzogen werden konnte.

Die Identität der Universität. Der Vorschlag für ein Leitbild der Universität Zürich beginnt mit einem durchaus anspruchsvollen Satz: „Die Universität hat ihre Einheit und Identität in der Wissenschaft als einer Form von Rationalität.“ Der Kern dieser Aussage korrespondiert mit dem Leitsatz in Humboldts Fragment: „Allein der Hauptgesichtspunkt bleibt die Wissenschaft“ (1809/10; GS 10, 251). Indessen präzisiert das Leitbild mit einer Ergänzung, die kaum humboldtsch und jedenfalls nicht ohne weiteres verständlich ist: Der Bereich der Wissenschaft wird relativiert als *eine Form* von Rationalität. Wissenschaft wird nicht verstanden als die allgemeingültige Form der Vernunft, sondern eingeschränkt als eine neben anderen Formen der Rationalität, der Finanzmärkte etwa oder der Politik. Es ist einzuräumen, dass diese Deutung nicht einfach selbstverständlich ist. Und genau das wurde an diesen und anderen Sätzen primär kritisiert: dass sie nicht allgemein verstanden werden. Der Vorwurf steht im Zusammenhang nicht allein mit kulturellen und sprachlichen Differenzen in der Universität, sondern auch mit unterschiedlichen Überzeugungen, was ein Leitbild in kommunikativer Hinsicht leisten soll. Der vorgeschlagene Entwurf spiegelt das Verständnis eines Leitbildes, in dem die Universität über ihre Identität nachdenkt und in einer reflektierenden Sprache ihr Selbstverständnis und ihre Ziele formuliert. Dagegen steht die Auffassung, ein Leitbild sei als Selbstdarstellung gerade auch für eine breite Öffentlichkeit bestimmt und wäre entsprechend klar, direkt und knapp zu formulieren. Mit diesem Anliegen wurde seitens der mathematisch-naturwissenschaftlichen Fakultät ein alternativer Vorschlag eines Leitbildes präsentiert, der in der Einleitung nicht die Identität der Universität reflektiert, sondern entsprechend der Zweckbestimmung im geltenden Unterrichtsgesetz konstatiert, worin die Aufgabe der Universität besteht: „Die Universität ist der Erweiterung der Wissenschaft verpflichtet.“

Die Aufgaben der Universität. Drei Aufgaben der Universität stehen zur Diskussion: Lehre, Forschung und Dienstleistungen. Neu gegenüber der klassischen Verbindung von Lehre und Forschung ist die dritte Position. Dienstleistungen gegenüber Dritten gehören heute in vielfältiger Form an verschiedenen Instituten zum Alltag und zum Selbstverständnis universitä-

rer Arbeit: vorab Leistungen im Gesundheitsbereich, aber auch Gutachten, Ausstellungen etc. Dienstleistungen unterstützen die Arbeit der Universität, soweit die Wissenschaft von praktischen Problemstellungen auszugehen hat. Sie können aber von Forschung und Lehre nicht getrennt werden und dürfen diese nicht behindern. Denn Lehre und Forschung in ihrer wechselseitigen Bezogenheit bilden den Kernauftrag der Universität. Wenn im Leitbild – wie dann auch im Universitätsgesetz – die Forschung konsequent an erster Stelle steht, gründet dies in der Überzeugung, dass es die Orientierung an der Forschung ist, welche die Universität auszeichnet gegenüber andern Institutionen des höheren Bildungswesens. Die Gewichtung einer breiten Grundlagenforschung und einer theorie- und forschungsorientierten Lehre gilt als das Spezifikum der Universität. Und wissenschaftliche Bildung als Bildung aus erster Hand kann – frei nach Humboldt – „nur durch Personen vermittelt werden, die selbständig Forschung betreiben“.

Universität und Öffentlichkeit. Das Verhältnis zwischen Universität und Öffentlichkeit ist wesentlich durch das Spannungsfeld von Freiheit und Verantwortung bestimmt. Dies wird im Leitbild in doppelter Hinsicht zur Geltung gebracht: „Die Universität ist zur Verantwortung einerseits gegenüber der Öffentlichkeit, andererseits gegenüber der Sache der Wissenschaft verpflichtet.“ Verantwortung gegenüber der Öffentlichkeit bedeutet für die Universität zunächst, ihre Verpflichtung zur Wissenschaft und ihre Leistung wissenschaftlicher Arbeit als Verpflichtung und Leistung im Dienst der Öffentlichkeit zu verstehen. Dies heisst für die Universität auch, öffentliche Entwicklungen und Probleme kritisch wahrzunehmen und zu deren Reflexion und Bearbeitung einen wissenschaftlichen Beitrag zu leisten. Verantwortung gegenüber der Wissenschaft bedeutet für die Universität, ihre öffentliche Verpflichtung und Leistung als Verpflichtung und Leistung im Dienst der Wissenschaft zu verstehen. Dies verlangt einen Freiraum, in dem sich Studium, Theoriebildung und Kritik unbeeinflusst von externen Sachzwängen und ideologischen Einflussnahmen vollziehen können. Das heisst – auch hierin spiegelt sich ein wesentliches Moment der humboldtschen Konzeption –, die Universität braucht grundsätzlich die Freiheit von Forschung und Lehre.

Quo vadis universitas?

Die Erinnerung daran, dass die Universität wesentlich eine Kommunikationsgemeinschaft ist, bedeutet keine Alternative zur Erinnerung an die inhaltlichen Bestimmungen universitärer Tradition. Vielmehr dürfte das Nachdenken über die korporativ-kommunikative Prägung der Universität Voraussetzung sein für ein gemeinsames Nachdenken über das Selbstverständnis und die Zukunft der Universität als wissenschaftlicher Institution. Eine Universitätsreform kann nur gelingen, wenn der Prozess und die Ergebnisse von den Angehörigen der Universität getragen werden. Und sie kann nur gelingen, wenn die Öffentlichkeit das Selbstverständnis der Universität ideell mitträgt und eine entsprechende Organisation der Universität auch finanziell trägt.

Gibt es eine Chance für die Universität, die Anliegen wissenschaftlicher Forschung und Lehre angemessen zu verbinden mit betriebswirtschaftlichen Ansprüchen und hochschulpolitischen Bedingungen? Es wäre euphorisch, der Universität eine glanzvolle Zukunft zu verheissen. Es wäre pessimistisch, den Niedergang der Universität zu beschwören. Vielleicht ist ein dritter Weg, die Nüchternheit der Einsicht mit der Kraft der Überzeugung zu verbinden: „Die Universität ist in Wirklichkeit überhaupt eine Maschine von schlechtem Nutzeffekt und doch unersetzlich [...] Für ein Weniges muss der ganze Aufwand gemacht werden, und er lohnt sich“ (Einstein 1924).

Bibliographie

- Eberli, Karin (1997): Rede für eine Kultur der Zusammenarbeit. Über die Notwendigkeit studentischer Mitbestimmung. *unijournal. Die Zeitung der Universität Zürich* 4/1997, 15. – Ansprache der Präsidentin des Studierendenrates am Dies academicus der Universität Zürich, „Die Universität als Kundenparadies“, 29. April 1997.
- Einstein, Albert (1924): An Max Wertheimer. *Deutsche Universitätszeitung* 8/1991, 42.
- Fögen, Marie Theres (1996): Modell und Mythos. Die Rechtsfakultäten von Konstantinopel, Neapel und Bologna im Mittelalter. *Rechtshistorisches Journal* 15, 1996, 181–204. – Antrittsvorlesung an der Universität Zürich vom 24. Juni 1996.
- Gagliardi, Ernst / Hans Nabholz / Jean Strohl (1938): Die Universität Zürich 1833–1933 und ihre Vorläufer. Festschrift zur Jahrhundertfeier. Herausgegeben vom Erziehungsrate des Kantons Zürich. Zürich: Verlag der Erziehungsdirektion 1938 (Die Zürcherischen Schulen seit der Regeneration der 1830er Jahre 3).

- Habermas, Jürgen (1988): Die Idee der Universität – Lernprozesse. In: Manfred Eigen et al.: Die Idee der Universität. Versuch einer Standortbestimmung. Berlin/Heidelberg/New York: Springer 1988, 139-173. – Vortragsreihe anlässlich der 600-Jahrfeier der Ruperto-Carola-Universität Heidelberg 1985/86.
- Humboldt, Wilhelm von (1809): Antrag auf Errichtung der Universität Berlin. 24. Juli 1809. In: ders.: Gesammelte Schriften (GS) 10, herausgegeben von Bruno Gebhardt. Berlin: Behr 1903, 148–154.
- Humboldt, Wilhelm von (1809/10): Über die innere und äussere Organisation der höheren wissenschaftlichen Anstalten in Berlin [Fragment 1809/10]. In: ders.: Gesammelte Schriften (GS) 10, herausgegeben von Bruno Gebhardt. Berlin: Behr 1903, 250–260. – Der erste Teil wurde 1896 publiziert in: Bruno Gebhardt: Wilhelm von Humboldt als Staatsmann. Stuttgart 1, 1896, 118ff; die ganze Schrift erst 1900 in: Adolf Harnack: Geschichte der Königlich Preussischen Akademie der Wissenschaften zu Berlin. Berlin 2, 1900, 361ff.
- Müller, Rainer A. (1990): Geschichte der Universität. Von der mittelalterlichen Universitas zur deutschen Hochschule. München: Callwey 1990.
- Schelling, Friedrich Wilhelm Joseph (1802): Vorlesungen über die Methode des akademischen Studiums [in Jena gehalten 1802, veröffentlicht 1803]. In: Ernst Anrich (Hrsg.): Die Idee der deutschen Universität. Die fünf Grundschriften aus der Zeit ihrer Neube-gründung durch klassischen Idealismus und romantischen Realismus. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1956, 1–123.
- Schleiermacher, Friedrich Daniel (1808): Gelegentliche Gedanken über Universitäten in deutschem Sinn. Nebst einem Anhang über eine neu zu errichtende. Berlin: Realschulbuchhandlung 1808. In: ders.: Kritische Gesamtausgabe (KGA) 1/6, hrsg. von Dirk Schmid. Berlin/New York: de Gruyter 1998, 15–100.
- Schmid, Hans Heinrich (1996): Universitätsreform und New Public Management. Rede des Rektors, gehalten an der 163. Stiftungsfeier der Universität Zürich am 27. April 1996. In: Universität Zürich (Hrsg.): Jahresbericht 1995/96, 5–18.
- Vereinigung der Assistentinnen und Assistenten an der Universität Zürich (VAUZ) / Verband des Personals öffentlicher Dienste (VPOD) (Hrsg.) (1995): Hochschule zwischen Sparzwang und Investitionsbedarf. Ein Bericht zur Lage des wissenschaftlichen Mittelbaus an der Universität Zürich. Redaktion: Angelika Blum-Brunner, Robert Fluder, Thomas Hildbrand und Andreas Ladner. Zürich 1995.
- Wapnewski, Peter (1990): Meine Wunschuniversität. *Neue Zürcher Zeitung*, 6./7. Januar 1990, 25. – Gekürzte Fassung eines Vortrages, gehalten an der Universität Zürich am 1. Juni 1989.
- Weber, Max (1922/72): Wirtschaft und Gesellschaft. Grundriss der verstehenden Soziologie. Fünfte, revidierte Auflage, besorgt von Johannes Winkelmann. Tübingen: Mohr Siebeck 1972. – 1. Auflage 1922, herausgegeben von Marianne Weber.
- Weinrich, Harald (1978): Eine List der sprachlichen Vernunft. In: Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung Darmstadt (Hrsg.): Jahrbuch 1977. Heidelberg: Schneider 1978, 87–92.
- Weinrich, Lorenz (Hrsg.) (1977): Quellen zur deutschen Verfassungs-, Wirtschafts- und Sozialgeschichte bis 1250. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft 1977 (Ausgewählte Quellen zur deutschen Geschichte des Mittelalters 32).